

Vorbericht

Der Vorbericht gibt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft.

Insbesondere soll dargestellt werden,

- I. wie sich die wichtigsten Einnahmen- und Ausgabenarten, das Vermögen und die Schulden in den dem Haushaltsjahr vorangehenden beiden Haushaltsjahren entwickelt haben und im Haushaltsjahr entwickeln werden;
- II. wie sich die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt und die Rücklagen in den dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahren entwickeln werden und in welchem Verhältnis sie zum Deckungsbedarf nach dem Finanzplan stehen;
- III. welche Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Haushaltsjahr geplant sind und welche finanziellen Auswirkungen hieraus sich für die folgenden Jahre ergeben;
- IV. in welchen wesentlichen Punkten der Haushaltsplan vom Finanzplan abweicht;
- V. wie sich die Kassenlage im Vorjahr entwickelt hat und in welchem Umfang Kassenkredite in Anspruch genommen worden sind.

I. DAS VOLUMEN DES HAUSHALTS

	1982	1983 ^{*)}	1984
	Rechnungs- ergebnis	Haushalts- plan	Haushalts- plan
	Mio DM	Mio DM	Mio DM
Verwaltungshaushalt			
A. Einnahmen	2.041,151	2.001,760	2.004,661
B. Ausgaben	2.041,151	2.049,335	2.067,885
Fehlbedarf darin enthalten	-	47,575	63,224
Abdeckung des Fehlbetrages 1983			<u>16.957</u>
Vermögenshaushalt			
A. Einnahmen	659,704	885,301	853,946
B. Ausgaben	659,704	885,301	853,946
Gesamtvolumen			
A. Einnahmen	2.700,855	2.887,061	2.858,607
B. Ausgaben	2.700,855	2.934,636	2.921,831

In der Jahresrechnung 1982 konnte der Verwaltungshaushalt noch ausgeglichen werden.

Der Verwaltungshaushalt 1983 (ohne Nachtrag) wies einen Fehlbedarf von 29,177 Mio DM aus. Dieser Fehlbedarf erhöhte sich noch durch den Ausfall der veranschlagten Auftragskostenpauschale von 31,383 Mio DM auf insgesamt 60,560 Mio DM.

^{*)} einschl. Nachtragshaushaltsplan

Die Auftragskostenpauschale war bereits im Gemeindefinanzierungsgesetz 1983 nicht mehr vorgesehen. Nach einem Rechtsgutachten steht den Gemeinden und Gemeindeverbänden jedoch ein Ausgleichsanspruch für die Zweckaufwendungen zu, die ihnen durch Erfüllung der übertragenen Aufgaben entstehen. Die Stadt hat inzwischen das Land auf Zahlung der Auftragskostenpauschale verklagt.

Durch den Nachtragshaushaltsplan 1983 konnte der Fehlbetrag von insgesamt 60,560 Mio DM auf 47,575 Mio DM vermindert werden. Dabei ist zu bemerken, daß die Zuführung an den Vermögenshaushalt um die Auftragskostenpauschale erhöht wurde. Auf diese Weise wurde erreicht, daß sie in das Defizit mit einbezogen und als Einnahme neutralisiert wurde.

In der Jahresrechnung 1983 schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Fehlbetrag von rd. 17 Mio DM ab.

Um die Vergleichbarkeit dieses Vorberichtes mit den Vorjahren nicht zu beeinträchtigen, sollen nachfolgend das Rechnungsergebnis 1982, der Haushaltsplan einschließlich Nachtrag 1983 und der Haushaltsplan 1984 weiter erläutert werden. Eine Erläuterung des Rechnungsergebnisses 1983 erfolgt zu gegebener Zeit im Vorbericht zum Haushaltsplan 1985.

Der Haushaltsplan 1984 weist im Verwaltungshaushalt einen Fehlbedarf von 63,2 Mio DM aus. Zur Abdeckung des Fehlbetrages aus dem Haushaltsjahr 1983 ist im Haushaltsplan 1984 ein Ansatz von 17,0 Mio DM vorgesehen, so daß der auf das Haushaltsjahr 1984 entfallende Fehlbedarf mit 46,2 Mio DM in der Höhe etwa dem des Jahres 1983 entspricht.

ENTWICKLUNG DER WICHTIGSTEN EINNAHME- UND AUSGABEARTEN

	1982	1983 ^{*)}	1984
	Rechnungs- ergebnis	Haushalts- plan	Haushalts- plan
	Mio DM	Mio DM	Mio DM
<u>Einnahmen</u>			
Steuern, allgemeine Zuweisungen	1.170,864	1.071,142	1.114,234
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	607,721	630,577	612,903
Sonstige Finanzeinnahmen	262,566	300,041	277,524
Einnahmen des Vermögenshaus- halts	659,704	885,301	853,946
	<u>2.700,855</u>	<u>2.887,061</u>	<u>2.858,607</u>
<u>Ausgaben</u>			
Personalausgaben	538,433	551,826	556,398
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	508,314	545,885	546,944
Zuweisungen u. Zuschüsse (nicht für Investitionen)	374,907	358,034	361,474
Sonstige Finanzausgaben	619,497	593,590	603,069
Ausgaben des Vermögenshaus- halts	659,704	885,301	853,946
	<u>2.700,855</u>	<u>2.934,635</u>	<u>2.921,831</u>

Bereinigt man diese Statistik um sogenannte durchlaufende Positionen, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild:

	1982	1983	1984
	Rechnungs- ergebnis	Haushalts- plan	Haushalts- plan
	Mio DM	Mio DM	Mio DM
<u>Einnahmen</u>			
Verwaltungshaushalt	1.876,550	1.805,180	1.804,452
Vermögenshaushalt	458,511	648,721	589,834
Einnahmen insgesamt	2.335,061	2.453,901	2.394,286
<u>Ausgaben</u>			
Verwaltungshaushalt	1.675,357	1.674,249	1.703,447
Vermögenshaushalt	659,704	827,227	754,063
Ausgaben insgesamt	2.335,061	2.501,476	2.457,510
<u>Fehlbedarf</u>	-	47,575	63,224

Aus dieser Gegenüberstellung wird deutlich, daß die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in 1984 gegenüber den Vorjahren leicht ansteigen. Die Einnahmen dagegen sind ab 1983 in der Summe stark zurückgefallen und erreichen 1984 trotz Steuererhöhung nicht das Volumen von 1982.

A. EINNAHMEN

1. Verwaltungshaushalt

Auf der Einnahmenseite fällt die Gruppe "Steuern und allgemeine Zuweisungen" am stärksten ins Gewicht:

	Rechnungsergebnis 1982		Haushaltsplan 1983		Haushaltsplan 1984	
	Hebe- satz	Mio DM	Hebe- satz	Mio DM	Hebe- satz	Mio DM
Grundsteuer B	312	100,9	312	104,6	312	106,6
Gewerbsteuer nach Ertrag u. Kapital	390	649,3	390	600,0	410	630,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer		303,8		306,9		316,6
Sonstige Steuern		26,7		28,3		28,8
		<u>1.080,7</u>		<u>1.039,8</u>		<u>1.082,9</u>

Trotz erheblicher Einsparungen ist in vielen Bereichen ein Kostenanstieg nicht zu vermeiden gewesen.

Nach dem Vorschlag der Verwaltung wurden zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes die Realsteuer-Hebesätze im Entwurf des Haushaltsplanes 1984 wie folgt angehoben:

Grundsteuer A von 156 v.H. auf 180 v.H.
 Grundsteuer B von 312 v.H. auf 360 v.H.
 Gewerbesteuer von 390 v.H. auf 450 v.H.

Dies entsprach einer Steigerung von rd. 15 %. Die Anhebung der Hebesätze in dieser Höhe fand jedoch im Rat bei der Etatverabschiedung nicht die erforderliche Mehrheit. Es wurde lediglich eine Anhebung der Gewerbesteuer von bisher 390 v.H. auf 410 v.H. um etwa 5 % beschlossen.

Die Hebesätze der Grundsteuer A + B bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Anhebung der Gewerbesteuer ist jedoch zu gering, um das Defizit auszugleichen.

Bei der Festsetzung des Haushaltsansatzes für die Gewerbesteuer wurden die Auswirkungen des Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20.12.1982 - BGBl. Nr. 54 S. 1857 - berücksichtigt. Durch dieses Gesetz wird bei der Gewerbesteuer die Hinzurechnung der Dauerschulden und Dauerschuldzinsen ab 1.1.1983 um 40 % und ab 1.1.1984 um 50 % gekürzt. Im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz wurde die Gewerbesteuerumlage von bisher 80 % auf 58 % ab 1.1.1983 und 52 % ab 1.1.1984 gesenkt. Diese Entlastung bei der Umlage ist vom Gesetzgeber als Äquivalent für die Ausfälle bei der Gewerbesteuer aufgrund der neuen Regelungen bei den Hinzurechnungen von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen gedacht.

Der Ansatz des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 316,6 Mio DM basiert auf dem Ergebnis 1983 und einer geschätzten Steigerung von 3 %.

Die "Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb" setzen sich zusammen aus einer Vielzahl von Einzelposten; im wesentlichen handelt es sich um Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte und um Mieten und Pachten.

In der Gruppe "Sonstige Finanzeinnahmen" werden u.a. Zinseinnahmen, die Gewinnanteile von wirtschaftlichen Unternehmen, Konzessionsabgaben, der Ersatz von sozialen Leistungen und Bußgelder erfaßt.

Die gesamten Einnahmen des Verwaltungshaushaltes machen rd. 70,1 % des gesamten Haushaltsvolumens (einschl. Vermögenshaushalt) aus.

2. Vermögenshaushalt

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts (ohne Zuführung des Verwaltungshaushalts) setzen sich im wesentlichen wie folgt zusammen:

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
a) Kredite	75,3	230,6	265,2
b) Rücklagenentnahmen	3,8	3,2	0,7
c) Einnahmen a.d. Ver- äußerung v. Sachen d. Anlagevermögens	82,8	154,3	139,9
d) Zuschüsse d. Bundes u. Landes (f. In- vestitionen)	224,4	219,2	190,7
e) Beiträge u. ähnl. Entgelte	37,6	24,1	25,3

In den im Haushaltsjahr 1984 vorgesehenen Kreditaufnahmen sind 68,5 Mio DM (1982 = 0 Mio DM, 1983 = 26,7 Mio DM) für die Umschuldung von Darlehen enthalten. Klammert man diesen Betrag aus, so beträgt die bereinigte Kreditsumme noch 196,7 Mio DM (1983 = 203,9 Mio DM). Diese bereinigte Kreditsumme bedeutet, daß die Verschuldung der Stadt um weitere 128,9 Mio DM zunehmen wird, da die veranschlagte Tilgung nur 67,8 Mio DM beträgt.

B. AUSGABEN

1. Verwaltungshaushalt

Die Ausgaben sind in vier Hauptgruppen des Verwaltungshaushalts und eine Hauptgruppe des Vermögenshaushalts aufgeteilt.

An erster Stelle sind die Personalausgaben mit 556,4 Mio DM zu nennen. Der Verwaltungshaushalt enthält für Personalausgaben eine Deckungsreserve von 1,3 Mio DM. Dieser Betrag ist für Lohn- und Gehaltserhöhungen der Angestellten und Arbeiter bei den kostenrechnenden Einrichtungen im Jahre 1984 bestimmt. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen für die Mitarbeiter in den übrigen Bereichen der Verwaltung können aus dem Ansatz des SN Nr. 1 - Persönliche Ausgaben - gedeckt werden.

Auf den "Sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand" entfällt eine Vielzahl von einzelnen Ausgabearten: Unterhaltung der Grundstücke, der Straßen, Wege und Brücken, der Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, die Beschaffung von Mobiliar und Einrichtungsgegenständen; Mieten und Pachten; Grundbesitzabgaben; Haltung von Fahrzeugen; Lehr- und Unterrichtsmittel; Lernmittel; Schülerbeförderungskosten; Bürobedarf; Bücher und Zeitschriften; Post- und Fernmeldegebühren; innere Verrechnungen usw.

Die "Zuweisungen und Zuschüsse" (nicht für Investitionen) betragen

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
a) Zuschüsse an soziale u. ähnl. Einrichtungen (z.B. Wohlfahrtsverbände)	51,6	39,7	37,6
b) Zuweisungen an öffentl. wirtschaftl. u. private Unternehmen (Schauspielhaus u.a.)	39,1	33,0	35,9
c) Zuweisungen an Zweckverbände u. übrige Bereiche (VRR, Deutsche Oper am Rhein u.a.)	94,5	96,1	87,2
d) Leistungen der Sozialhilfe	177,4	178,9	189,4

Diese Ausgabegruppe enthält überwiegend soziale Leistungen.

Über die Gruppe "Zuweisungen an soziale und ähnliche Einrichtungen" wurden bis einschl. Hj. 1982 die Landeszuweisungen für den Betrieb von Kindergärten (Rechnung 1982: 10,9 Mio DM) abgewickelt. Nach der Neufassung des Kindergartengesetzes entfällt nunmehr die Weiterleitung an die Verbände. (Entsprechende Wenigereinnahmen bei den Zuweisungen des Landschaftsverbandes.)

In den "Zuweisungen an Zweckverbände u. übrige Bereiche" ist entsprechend Rd.Erl.d. Innenministers NW vom 21.12.1981 - III B 3-5/115 7009/81 die Umlage von 57,6 Mio DM an den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr enthalten. Die Umlage wird jedoch nur bruttomäßig im Verwaltungshaushalt veranschlagt (entsprechende Einnahmen bei Hst. 820 3 173/1 - Zuweisungen vom VRR).

Ein weiteres Ansteigen der Leistungen der Sozialhilfe ist auf den Anstieg der Fallzahlen und auf die Anhebung der Regelsätze zum 1.7.1983 zurückzuführen.

Die "Sonstigen Finanzausgaben" setzen sich im wesentlichen zusammen aus den von der Stadt für ihre Schulden zu zahlenden Zinsen, aus der Gewerbesteuerumlage und der Landschaftsumlage.

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
a) Zinsen	186,2	180,2	186,8
b) Gewerbesteuerumlage	132,7	89,2	80,0
c) Landschaftsumlage	99,2	114,2	120,4

Der Ansatz für Kreditzinsen wurde 1984 in Erwartung eines freundlichen Kapitalmarktes äußerst knapp kalkuliert. Dabei wurde das weitere Anwachsen der Verschuldung berücksichtigt.

Der Umlagesatz für die Landschaftsumlage wurde 1983 auf 14,5 v.H. angehoben. Dieser Umlagesatz gilt auch für das Jahr 1984.

Durch strukturelle Änderungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 1984 ist die Steuerkraftmeßzahl (Berechnungsgrundlage für die Landschaftsumlage) weiter gestiegen. Dadurch ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine höhere Umlage von 6,2 Mio DM.

Die Gewerbesteuerumlage wurde entsprechend den neuen Regelungen des Haushaltsbegleitgesetzes (Umlagesatz für 1984: 52 %) ermittelt.

2. Vermögenshaushalt

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes machen 30,2 % des Gesamtvolumens aus. Es handelt sich u.a. um folgende Ausgaben:

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
a) Zuführung an Rücklagen	3,8	32,5	31,4
b) Gewährung von Darlehen	3,9	4,0	2,7
c) Erwerb von Beteiligungen	88,0	142,7	110,3
d) Erwerb von Grundstücken	58,9	112,1	71,7
e) Erwerb von bewegl. Sachen	22,6	34,1	42,9
f) Baumaßnahmen	346,7	427,2	417,4
g) Tilgung insgesamt	72,5	91,4	136,3
davon Umschuldungen	-	./.	./.
ordentl. Tilgung	72,5	64,7	67,8
h) Investitionszuschüsse (Wohnungsbau, Wohlfahrtsverbände u.a.)	42,4	33,4	40,4

Die Gruppe "Zuweisungen an Rücklagen" enthält (1983 + 1984) eine Überweisung an die Allgemeine Rücklage in Höhe der veranschlagten Zuweisung für Auftragsaufgaben. Der "Erwerb von Beteiligungen" enthält im wesentlichen den Zuschuß an die Düsseldorfer Stadtwerke Ges. f. Beteil. mbH/Rheinbahn - Erhöhung des Eigenkapitals - (1984: 83,8 Mio DM) und die Kapitalerhöhung der Stadtwerke (1983 und 1984 je 12,0 Mio DM). Im Jahre 1983 war darüber hinaus noch eine Kapitalerhöhung des RWE in Höhe von 34,7 Mio DM vorgesehen.

Kapitaldienst

Der "Kapitaldienst" ist in Anbetracht der hohen Verschuldung relativ hoch und beträgt für das Jahr 1984 8,7 % des Gesamtvolumens.

Betrachtet man die Tilgung (ohne Umschuldung) zusammen mit den Zinsen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
Zinsen	186,2	180,2	186,8
ordentliche Tilgung	72,5	64,7	67,8
insgesamt	258,7	244,9	254,6

Die Schulden beliefen bzw. belaufen sich

Ende 1982 auf	2,203 Mrd. DM
Ende 1983 auf	2,311 Mrd. DM

Wenn die für 1984 geplanten Darlehen aufgenommen und die zu erwartenden Tilgungen geleistet sein werden, müßte der Schuldenstand Ende 1984 auf rd. 2,44 Mrd. DM angestiegen sein.

II. Die ZUFÜHRUNG AN DEN VERMÖGENSHAUSHALT zeigt folgende Entwicklung:

	Rechnungs- ergebnis 1982 Mio DM	Haushalts- plan 1983 Mio DM	Haushalts- plan 1984 Mio DM
Mindestzuführung gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO in Höhe der Tilgung von Geldbeschaffungskosten von	72,5 -	64,8 -	67,8 0,1
Zuweisungen an die Rhein. Bahnges. AG - Erhöhung des Eigenkapitals -	83,7	87,7	83,8
Sonstige Zuführungen (Um- satzsteuer U-Bahn-Verwaltung, Stadthalle, Rücklagenzufüh- rung u.a.)	45,0	26,0	12,5
Mehrzuführung an die Allge- meine Rücklage wegen des Risikos der veranschlagten Zuweisung für Auftragsange- legenheiten	-	31,4	31,4
	201,2	209,9	195,6

Im Verwaltungshaushalt ist die gem. § 22 Abs. 1 GemHVO vorgeschriebene Mindestzuführung in Höhe der Tilgung und Geldbeschaffungskosten von 67,9 Mio DM veranschlagt. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß ein Teilbetrag von 63,2 Mio DM durch den Fehlbedarf des Verwaltungshaushaltes ungedeckt ist.

Wie sich der Zuführungsbetrag in den Jahren 1985 bis 1987 entwickeln könnte, geht aus der Finanzplanung hervor.

Die Summe der Rücklagen belief sich am 31.12.1982 auf rd. 144,5 Mio DM. Ein Teil dieser Rücklagen (Sonderrücklagen von 12,6 Mio DM) ist jedoch zweckgebunden oder kann nur unter bestimmten Voraussetzungen aufgelöst werden.

Ende 1983 beträgt der Bestand der Rücklagen voraussichtlich 149,5 Mio DM.

Der nach § 20 (2) GemHVO vorgeschriebene Mindestbestand der Rücklagen beträgt 2 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der letzten drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre, d.s. rd. 39,7 Mio DM.

III. IM HAUSHALTSJAHR 1984 GEPLANTE INVESTITIONEN (ohne Umschuldung) und Investitionsförderungsmaßnahmen

a) Investitionen über 500.000 DM	Ansatz Mio DM	Verpflichtungs- ermächtigung Mio DM
Bürodienstgebäude	6,342	-
Zentrale Datenverarbeitung	1,375	-
Feuerwehr	1,308	0,755
Zivilschutz	0,548	-
Rettungsdienst	0,412	0,675

	Ansatz	Verpflichtungs- ermächtigung
	Mio DM	Mio DM
Schulverwaltung	4,190	-
Grundschulen	1,629	0,200
Hauptschulen	1,837	-
Realschulen	0,523	-
Gymnasien	5,281	2,100
Berufsschulen	3,442	3,050
Gesamtschulen	2,500	2,200
Kunstmuseum	13,073	1,318
Löbbecke-Museum u. Aquarium	8,292	8,459
Theaterverwaltung	3,033	-
Weiterbildungszentrum	12,671	3,010
Städt. Alten- u. Altenkrankenheime	0,952	-
Städt. Kindergärten	1,043	2,000
Herrichtung Wohnwagenabstellplatz	0,700	-
Rheinstadion	1,249	0,500
Sportplätze u. Turnhallen	2,505	6,550
Bäderbetriebe	0,814	-
Erholungsgebiet In der Elb	0,700	-
Park- u. Gartenanlagen	2,990	0,228
Kleingärten	0,858	-
Vertragsstraßen, Aufschließung usw. (Allg. Bauverwaltung)	2,640	1,100
Planungskosten für Investitionen	0,180	0,300
Sonst. Maßnahmen Hochbauverwaltung	2,538	0,120
Tiefbauverwaltung	0,967	0,650
Wasserbauverwaltung	1,651	-
U-Bahn	147,879	36,820
Wohnungswesen (Hellerhof)	5,990	3,000
Stadtsanierungs- u. -entwicklungsmaßn.	14,569	10,411
Wohnumfeldverbesserungen	8,183	3,878
Gemeindestraßen	30,196	15,360
Bundes- u. Landstraßen	48,892	20,510
Straßenbeleuchtung	5,905	-
Straßenreinigung	1,481	-
Parkeinrichtungen	1,600	-
Kanalisation	44,941	26,524
Müllbeseitigung	19,156	2,220
Marktwesen	0,830	-
Friedhöfe u. Krematorium	1,611	-
Fuhrpark u. Zentralbetriebshof	5,911	7,800
Philips-Halle	0,835	-
Wohn- u. Geschäftsgrundstücke	8,355	-
Sonstiges Grundvermögen	15,224	-
Stadthalle	4,770	-
Notunterkünfte für Obdachlose	1,300	-
Sonst. Investitionen (unter 500.000 DM)	6,460	1,308
	<u>460,331</u>	<u>161,046</u>
Investitionen insgesamt	<u>460,331</u>	<u>161,046</u>

b) Investitionsförderungsmaßnahmen über 100.000 DM	Ansatz	Verpflichtungs- ermächtigung
	Mio DM	Mio DM
Wohnungshilfe für die Belegschaft	0,300	-
Priv.Kaufm. Schulen Ackerstr. (Darlehen)	0,127	-
Schauspielhaus Umbaumaßnahmen	0,100	-
Ausgleichsabgabe nach dem Schwer- behindertengesetz (Beihilfen, Dar- lehen usw.)	0,866	-
Förderung der freien Wohlfahrtspflege	1,298	-
Baukostenzuschüsse an d. Wohlfahrts- u. Jugendverbände	1,551	0,466
Zuweisung an den Wirtschaftsplan (Kliniken)	0,752	-
Krankenhausumlage gem. GFG	6,257	-
Zuschüsse für Sportanlagen usw.	0,885	0,230
Darlehen f.d. Errichtung v. Klein- gartenlauben	0,320	-
U-Bahn-Verwaltung - Investitions- zuschüsse u.a.	5,701	-
Begrünung von Innenhöfen	0,400	0,400
Städt. Aufwendungsbeihilfen	19,000	6,000
Arbeitgeberdarlehen	1,500	0,600
Zuschüsse für Modernisierungsmaßnahmen	0,400	0,300
Sonstige Maßnahmen zur Förderung des Wohnungswesens	0,811	2,135
Herstellung zusätzlicher Parkeinrich- tungen	2,734	-
Sonst. Investitionsförderungsmaßnahmen (unter 100.000 DM)	<u>0,158</u>	<u>-</u>
Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt	43,160	10,131
Investitionen insgesamt	<u>460,331</u>	<u>161,046</u>
	<u>503,491</u>	<u>171,177</u>

Insgesamt weist der Vermögenshaushalt Mittel für Investitionen in Höhe von rd. 460,3 Mio DM (Gruppen 935, 94, 95, 96) und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von rd. 43,2 Mio DM (Gruppen 92, 98) aus. Diese Beträge sollen in 1984 voll kassenwirksam werden.

c) Die Verpflichtungsermächtigungen zeigen folgende Entwicklung:

Verpflichtungs- ermächtigung im Haushaltsplan	insgesamt Mio DM	kassenwirksam im Haushaltsjahr			
		1985 Mio DM	1986 Mio DM	1987 Mio DM	1988 ff. Mio DM
bis 1982 (in Anspruch gen. f. Woh- nungsbauför- derungsmaßn.)	384,721	21,561	363,160 ^{*)}		
bis 1982 (in Anspruch gen. für sonst. Maßnahmen)	118,004	54,251	63,753 ^{*)}		
1983 (einschl. Nachtrag)	240,630	98,182	101,695	40,753 ^{*)}	
1984	186,577	143,325	27,941	8,782	6,529
	929,932	317,319	556,549	49,535	6,529

^{*)} und folgende Jahre

Die Stadt wird durch diese Verpflichtungsermächtigungen in den kommenden Jahren erheblich belastet. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß ein großer Teil der Verpflichtungsermächtigungen für Vorhaben veranschlagt ist, an deren Finanzierung sich der Bund und das Land bis zu 90 % beteiligen. So entfallen von den im Haushaltsplan 1984 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen auf

den Bau von

Bundes- und Landstraßen	20,5 Mio DM
den U-Bahn-Bau	36,8 Mio DM
die Stadtsanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen	<u>10,4 Mio DM</u>
	<u><u>67,7 Mio DM</u></u>

Durch die im Vermögenshaushalt vorgesehenen neuen Maßnahmen mit Kosten über 500.000 DM ergeben sich nach den vorliegenden Berechnungen folgende Folgekosten:

Maßnahme	Gesamtkosten	städt. Anteil	jährliche Folgekosten
	DM	DM	DM
Schulgebäude Brucknerstr. - Umbau u. Erweiterung der naturwissenschaftl. Räume	2.992.612	2.992.612	319.837
Schulgebäude Ellerstr. - Umbau u. Modernisierung 2. BA	4.154.800	4.154.800	435.145
Schulgebäude Redinghoven- str. 20 - Umbau u. Moder- nisierung der Chemieräume	4.260.000	4.260.000	471.810
Schulgebäude Fürstenwall 100 - Umbau u. Modernisierung	2.735.500	2.735.500	298.920
Schulgebäude Graf-Recke- Str. 170 - Umbau	6.750.000	5.463.300	709.023
Sporthalle Lichtenbroicher Weg (Theodorstr.)	5.930.000	4.436.000	589.208
Hellerhof-Ost nördl. u. südl. Anschluß an die B 8	5.185.000	5.185.000	522.145
Umgestaltung Königsallee	4.900.000	2.980.000	275.650
Wohnumfeldverbesserung Altstadt-Süd	4.056.500	1.216.950	112.567
Restl. Erschließungsmaß- nahmen im Umlegungsgebiet 54 - Wersten West I	2.280.000	2.280.000	115.137
Regenrückhaltebecken Unterbach	7.400.000	7.400.000	106.400

Maßnahme	Gesamtkosten	städt. Anteil	jährliche Folgekosten
	DM	DM	DM
Umbau Pumpstation Heinrich- straße	720.000	720.000	11.973
Entleerungspumpwerk u, -leitung Regenbecken Lörick	1.700.000	1.700.000	23.862
Entwässerungsprojekt Düssel- dörfchen	6.414.000	6.414.000	87.367
Überschußschlammzentrifugen- anlage Kläranlage Süd	4.920.000	4.920.000	140.850
	64.398.412	56.858.162	4.219.894

- IV. Der FINANZPLAN 1984 bis 1987 stimmt, soweit es sich um das Haushaltsjahr 1984 handelt, mit dem Haushaltsplan-Entwurf überein. Abweichungen zum Haushaltsplan ergeben sich aus der Aufnahme der Veränderungen aufgrund der Beratungen in den Fachausschüssen, im Finanzausschuß und im Rat.
- V. KASSENKREDITE brauchten in der Vergangenheit nur im Rahmen kurzfristiger Kontokorrentkredite in Anspruch genommen zu werden.

Düsseldorf, im März 1984

Dr. Wissmann
Stadtkämmerer